

21. Juli 2011, 22:04, NZZ Online

# Tote bei Unruhen in Malawi

*Protest gegen die Regierung Mutharika*

**Bei Auseinandersetzungen zwischen regierungsfeindlichen Demonstranten und der Polizei sind in Malawi mindestens 18 Personen getötet worden. Seit Mittwoch gehen in dem südostafrikanischen Land landesweit Tausende von Menschen aus Protest gegen Präsident Mutharika auf die Strasse.**

*(sda/afp)* Bei regierungskritischen Protesten im südostafrikanischen Malawi sind mindestens 18 Personen getötet worden. Wie das Gesundheitsministerium des Landes am Donnerstag mitteilte, starben die meisten von ihnen an «schweren Blutungen», die genauen Umstände ihres Todes würden aber noch untersucht.

Die tödlichen Vorfälle ereigneten sich nach Angaben des Ministeriums am Mittwoch und Donnerstag in der Hauptstadt Lilongwe, in der Wirtschaftsmetropole Blantyre, im nördlichen Mzuzu und in Karonga an der Grenze zu Tansania.

Die Opfer hätten «Knochenbrüche und tiefe Wunden» gehabt und viel Blut verloren. Die Leichen würden jetzt obduziert. Mehr als 20 Menschen wurden demnach verletzt.

## **Protest gegen Missmanagement**

Seit Mittwoch gehen in Malawi landesweit Tausende von Menschen aus Protest gegen Präsident Bingu wa Mutharika auf die Strasse. Sie werfen ihm Missmanagement der Wirtschaft und Missachtung ihrer demokratischen Rechte vor.

Ein Menschenrechtsaktivist berichtete von mindestens sieben Toten in Mzuzu am Mittwoch. Dort habe die Polizei auf Demonstranten geschossen.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International setzte die Polizei in Lilongwe Tränengas gegen die Demonstranten ein. Auch am Donnerstag protestierten in Lilongwe und in Blantyre jeweils rund 2000 Menschen, viele Geschäfte blieben aus Angst vor Plünderungen und Zusammenstössen geschlossen.

## **Soldaten in der Hauptstadt**

Berichten des malawischen Radios zufolge schickte Mutharika Soldaten in die Hauptstadt. In einer nationalen Radioansprache sagte er, er werde keinesfalls zurücktreten. «Ich werde das Land weiter regieren. Gemäss der Verfassung liegt die Regierungsführung in meinen Händen und nirgendwo anders.» Der Präsident bot der Opposition aber einen Dialog an.

Uno-Generalsekretär Ban liess über seinen Sprecher erklären, er sei angesichts der Nachrichten aus dem afrikanischen Land «betrübt» und «beunruhigt». Sämtliche Konflikte müssten «mit friedlichen Mitteln gelöst» werden.

Malawi ist eines der ärmsten Länder der Welt, die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Rund 40 Prozent der Einnahmen des Landes gehen auf internationale Hilfsgelder zurück.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:**

[http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/malawi\\_tote\\_protesten\\_1.11550855.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/malawi_tote_protesten_1.11550855.html)